

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37

Telegr.: Tageblatt Sorauerderlauff

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. S.

Börsch. Ronto:
Nr. 54 Berlin W. 23. 7.

Giro-Konto
bei der Reichsbank



Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (freibleibend): In Sorau in den Ausgabezeiten für August 50000 M., ins Haus gebracht 50350 M., auf dem Lande in den Ausgabezeiten der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 50350 M., der weiter gelegenen 50630 M., ins Haus gebracht 500 M. mehr, durch die Post bezogen 50038 M. einchl. Bestellgeld. — Wochenlätze, nur in der Geschäftsstelle Einlieferungs- 2: 12500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits- einstillung oder Ausperrung hat der Besteller keinen Anspruch auf Weiterzahlung, Abschließung des „Sorauer Tagesblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (freibleibend): Die 9-spaltige Kolonelle für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 400 M., für auswärtige Anzeigen 800 M.; die 4-spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 1000 M., für auswärtige 2000 M. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — A. B. A. 11 nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 184

Donnerstag, den 9. August 1923

113. Jahrgang

Der Dollar, die Regierung und der Reichstag.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Spekulation hat auf der ganzen Linie gesiegt. Nachdem am Montag Nachmittag der amtliche Devisenverehr zu Ende war, der aber schon den Dollar mit 1,6 Millionen Mark besafferte, steigerte der spekulative Devisenverehr kaum eine Stunde später den Dollar um fast eine weitere Million, nämlich auf circa 2 1/2 Millionen Mark. Noch wahrnimmer aber ging die Entwicklung an der Dienstags-Börse. Dort erreichte der Dollar, obwohl der letzte New Yorker Schlußkurs, aber auch nur aus Grund der spekulativen Preissteigerung in Berlin, mit etwa 2 Millionen geschlossen hatte, einen Kurs von annähernd dreieinhalb Millionen Mark. Ein Ende ist nicht zu sehen, und schon rechnet man ganz kalkülös mit einer millionenfachen Entwertung unseres Geldes, nachdem man gestern noch mit einer hundertaufendfachen gerechnet hatte. Diese Entwertung ist furchterlich, und sie kann und darf nicht ohne einschneidende Gegenmaßnahmen bleiben. Die Parteiführer wurden im Laufe des Dienstags von dem Reichstagskanzler empfangen und hielten mit ihm erste Beratungen über die gegenwärtige Lage ab. Wenn auch die Besprechungen ursprünglich einer Klärung der Politik der Regierung, namentlich hinsichtlich der kommenden Steuererlässe gewidmet sein sollten, so sind bei ihr doch alle diejenigen Probleme eingehend zur Erörterung gekommen, die auf Grund der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung im Vordergrund stehen.

Die Dinge liegen ungemein ernst und kritisch. Schon wird es außerordentlich schwer, die Finanzierung der aus dem Ausland kommenden Lebensmittel und namentlich der Rohstoffe durchzuführen. Der Kleinhandel sieht sich in eine Lage gedrängt, die ihm jegliche Disposition unmöglich macht. Die Schließung der Geschäfte nimmt überhand. Die Schließung von Betrieben wird sich gar nicht mehr länger aufhalten lassen. Die aus diesen wirtschaftlichen Entwicklungen erwachsenden politischen Folgen sind noch gar nicht zu übersehen und die neuen Dollarsprünge haben die ganze Rohstoff- und Lebensmittel-Einfuhr mit einem Schlag in Frage gestellt. Die Situation steht auf des Messers Schneide.

Innerhalb der Parteien des Reichstages wird die Lage auf das ernsteste gewertet. Die Fraktionsvorstände sind zusammengetreten. Die Fraktionen selber werden sofort, wenn die Mitglieder aus dem Lande in Berlin eingetroffen sind, zusammenkommen. Man ist sich auch allenthalben klar darüber, daß jetzt politische Krisen unter allen Umständen vermieden werden müssen, und daß man alles daransetzen muß, um dem drohenden völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der von unabsehbaren Folgen für unsere gesamte Stellung nach innen und außen wäre, abzuweichen. Die nächsten Tage werden uns politisch und parlamentarisch vor die schwersten Bewährungsproben stellen.

Französische Schmerzen um die Goldanleihe.

Wie aus Paris gemeldet wird, schreibt der „Temps“ zu der geplanten deutschen Goldanleihe: Selbstverständlich würde die beabsichtigte Kreditoperation das Reich bei der Finanzierung des „Ruhrkrieges“ unterstützen. Aber je würde zur Verhinderung der deutschen aus ausländischen Feindern Forderungen erforderlich machen. Sie muß also durch Steuern geleistet werden, die von den in Deutschland vorliegenden Sachwerten in Gold zu erheben wären. Kann ein so großzügiger Plan, der so sehr das angeht, als die finanzielle Zukunft Deutschlands in Mitteleuropa zu sehen, zur Ausführung gelangen, ohne daß die Reparationskommission ihre Zustimmung gegeben hat? Sollte man nicht in der Studien der Reparationskommission Vorstöße zu einer Neuprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und zur Erzielung der Zah-

Die Besprechungen beim Reichstagskanzler.

Berlin, 7. August. Heute fand beim Reichstagskanzler eine Besprechung mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Nationalen Volkspartei statt (der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei war noch nicht nach Berlin zurückgekehrt). Alle Anwesenden waren sich darüber einig, daß im Mittelpunkt der Probleme die Aufgabe stünde, der weiteren Inflation unter allen Umständen ein Halt zu gebieten. Die Vorschläge der Regierung zur Erreichung dieses Zieles durch eine energische Steuerpolitik in Verbindung mit einer großen inneren wertbeständigen Anleihe, fanden grundsätzliche Zustimmung. Volle Übereinstimmung herrschte auch darüber, daß die hierzu erforderlichen Gesetze mit größter Beschleunigung zu verabschieden seien, um die rascheste Erhebung wirksamer Steuern, sowie die notwendigen Garantien für die aufzulegende Goldanleihe sicherzustellen.

Die heutige Reichstagsitzung beginnt um 3 Uhr. Der Reichstagskanzler kündigte geteilt an, daß er über die außen- und innenpolitische Lage sprechen werde. Er gab der Meinung Ausdruck, daß von England im Augenblick nichts zu erwarten sei. Offenbar sei die englische Regierung auf den Druck der Reichstagsopposition hin völlig umgefallen. Die Lage fordere nunmehr von der Reichsregierung ein energisches Durchgreifen auf

Ein belgisches Graubuch.

Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ berichtet, die belgische Regierung habe beschlossen, ein in internationalen Verhandlungen von der Pariser Konferenz im Januar d. S. bis zum Monat Juli einschließlich der letzten Lage umfassendes Graubuch zu veröffentlichen. Die Frage, ob die sogenannten technischen Studien der belgischen Regierung mit veröffentlicht werden sollen, werde noch erwoogen. In Brüssel werde erklärt, diese Veröffentlichung sei notwendig, um den ausdrücklichen Wunsch zu einer Regelung der Reparationsfrage zu bezeugen. Der heute vormittag abgehaltene Ministerrat habe die internationale Lage besprochen. Man glaube, daß die diplomatische Tätigkeit sich im Laufe des Monats August verlangsamen werde und daß das englische Kabinett im Augenblick nicht daran denke, irgend eine neue Initiative zu ergreifen. Deshalb frage man sich in gewissen belgischen Kreisen, ob nicht der Augenblick gekommen sei, die Initiative zu ergreifen, um so bald wie möglich die Reparationsfrage in ihrem gesamten Umfange zu regeln.

Vor Englands Antwort an Frankreich

London, 7. August. Reuters meldet: Das britische Kabinett wird bei seiner morgigen Zusammenkunft wahrscheinlich die Antwort erwägen, die an die französische Regierung bezüglich der Ruhrfrage und der Frage der Reparationen geschickt werden soll. Viele Antworten wird Frankreich möglicherweise am Mittwoch übermitteln werden. Es wird jetzt erklärt, daß die britischen Dokumente nicht vor der Kabinettsitzung veröffentlicht werden sollen und daß die Veröffentlichung sich verteidigt bis zur nächsten Woche hinziehen wird. Es verfaßt, daß die japanische Antwort auf den britischen Antwortentwurf auf Deutschland und auf die Manicote durch

wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet, um den deutschen Widerstand von innen heraus zu stärken. Sonderverhandlungen mit Frankreich müßten von vornherein ausgeschlossen.

Nach dem Reichstagskanzler wird Reichstagsminister Dr. Hertel die Steuererlässe in längerer Ausführungen begründen, worauf sich der Reichstag verlegen wird, um den Fraktionen Zeit zu lassen, zu den Vorlagen in einzelnen Stellung zu nehmen. Am Donnerstag und Freitag dürfte dann die allgemeine Aussprache vorgenommen werden. Der Sonnabend muß wegen der Verfassungsfeierungssitzung bleiben. In der nächsten Woche würden dann die Steuererlässe im Plenum erledigt werden.

50 Millionen Goldmark in Devisen von Industrie, Handel und Banken der Reichsbank zur Verfügung gestellt.

Berlin, 7. August. Industrie, Handel und Banken haben es übernommen, der Reichsbank gegen Dollarkaufanweisungen 50 Millionen Goldmark in Devisen zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen sind heute bis auf einzelne Gruppen, deren Beteiligung in den nächsten Tagen abgeschlossen wird, zu Ende geführt worden. Damit ist die aufgelegte Dollarschuld anleihe untergebracht. Die Devisen werden in der Hauptkategorie der Beschaffung notwendiger Lebensmittel dienen, so daß insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Fetten sichergestellt ist.

den japanischen Botschafter in London dem „Foreign Office“ übermitteln worden ist. Die Antwort zeigt, daß die japanische Regierung mit Großbritannien in der Reparationsfrage im weitestgehenden übereinstimmt.

„Press Association“ bestätigt, daß die britische Antwort auf die letzte französische Note nahezu fertiggestellt ist und wahrscheinlich auf der morgigen Sitzung des Kabinetts erwoogen werden wird. Es steht noch nicht fest, ob Großbritannien Separatantworten auf die belgischen und italienischen Bemerkungen zu dem britischen Antwortentwurf senden wird.

London, 7. August. „Evening Standard“ hält es für zweifelhaft, daß der Premierminister und Lord Curzon in der Lage sein werden, vor dem 20. August ihre Ankreuzentwürfe anzulegen. In gut unterrichteten Kreisen werde es auch bewiesen, daß es zu der Begegnung zwischen Curzon und Poincaré kommt.

Amerikanischer Botschafterwechsel.

Mehrere Londoner Blätter berichten aus Washington, dort werde es für wahrscheinlich gehalten, daß der Botschafter Harvon von seinem Londoner Posten binnen kurzem zurücktreten werde. — Die „Chicago Tribune“ meldet, Staatssekretär Hughes sei seit längerer Zeit zur Ernennung eines neuen Botschafters in London bereit. Als etwaiger Nachfolger wird der frühere Newporter: Erziehungs-Kommissar John S. Finley genannt, der sich zusammen mit dem amerikanischen Oberkommissar, Konrad Britton, im Raften Osten aufhält.

Ein sozialistischer Abgeordneter über den Ruhrkampf.

Der deutsche sozialistische Abgeordnete Silberding erklärte einem Vertreter der „Ere Nouvelle“, es könne von einer Vertändigung nicht die Rede sein, solange die Ruhrbesetzung andauere, die nicht als Zwangsmittel, um Zahlungen zu erlangen, sondern als ständige Bedrohung und Operation angewendet werde, um Deutschland zu zerkümmern. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet sei nationale Pflicht. Von der Regierung, vom ganzen Lande, von den Parteien der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten, von den abgesehenen Reiten der Militärpartei bis zu den Gewerkschaften, die letzteren hätten einen starken Bemeis hierfür gegeben, werde niemand in dieser Frage nachgeben. Frankreich möge eine Lösung finden, die seinem Prestige und dem deutschen Patriotismus Genüge lasse. Frankreich möge durch seine Forderungen beweisen, daß es Gerechtigkeit wolle. Damit

man, erklärte Silberding, dem Volke zeigen könne, daß das, was Frankreich wolle, Reparationen sind und nicht die Vernichtung Deutschlands. Dann werde man aufrecht und loyal am Wiederaufbau mitarbeiten; bis dahin sei keine Verhandlung möglich. Silberding fuhr fort: Deutschland hungere nach Frieden und Wiederaufbau. Es fände und werde 30 Milliarden Goldmark bezahlen. Allerdings sei das eine Ziffer, die nicht überschritten werden dürfe. Frankreich habe nichts getan, um das deutsche Volk von seinem Friedenswillen zu überzeugen. Die Unabhängigkeit des Reiches sei fortgesetzt durch die französische Politik — sei die Regierungspolitik oder nicht — bedroht gewesen. Der Ruhrverbleib habe mehr als moralischen Erfolg, so verweist er auch sei.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe und ob eine soziale Revolution die Schwierigkeiten werde überwinden, antwortete Silberding: „Zählen Sie nicht darauf! Wir werden kämpfen, viel länger, als man voraussetzt. Wenn die Regierung bis jetzt vielleicht durch ihren Widerstand es an Entschlossenheit und Weitsicht hat mangeln lassen, so muß darauf hingewiesen, daß jetzt ein neuer Reorganisationsplan in Ausarbeitung begriffen ist.“ Die Industrie werde alle notwendigen Opfer bringen; Konzeptionen und Abkommen zwischen Industriellen und Arbeitern seien möglich, Frankreich habe das Gefühl des Widerstandes allgemein gemerkt. Die soziale Frage, so antwortete er auch, sei, werde zweifellos an zweite Stelle treten, angeht es des gemeinsamen Wertes, die nationale Verteidigung sicherzustellen.

Freilassung deutscher Geiseln.

Bekanntlich hat die französische Regierung sowohl im Rheinland wie im Ruhrgebiet eine große Anzahl von Deutschen als Geiseln gefangen genommen, um dadurch die Freilassung von Franzosen zu erzwingen, gegen die in Deutschland ordentliche Gerichtsverfahren wegen gewöhnlicher Straftaten anhängig sind. Die deutsche Regierung hatte gegen dieses völkerrechtswidrige Verfahren in Paris unverzüglich Verwahrung eingelegt. Die Verhandlungen mit der französischen Regierung haben nunmehr zur Freilassung der deutschen Geiseln geführt. Wenn es auch trotz aller Bemühungen bisher nicht gelungen ist, sämtliche in dieent Zusammenhang von den Franzosen festgehaltenen Geiseln namentlich zu ermitteln, so erklärt doch die Manahme gerechtfertigt, daß nunmehr keine Deutschen mehr zur Vergeltung für die Verhaftung von Franzosen festgehalten werden, auch nicht für den in französischen Solde stehenden Reichsangehörigen Schuldis. Druckmittel geschieht alles, um das Verfahren gegen Schuldis und gegen die festgenommenen Franzosen zu beschleunigen.

Am 7. August. Obertribunalprofessor Dr. Wendt als aus Dortmund und Staatsrat Max L. Hoff, die von den deutschen Regierung in Leipzig festgehaltenen Franzosen festgenommen worden waren, sind ausgewechselt worden.

Der Bahnhof von Limburg befehlt.

Frankfurt a. M., 7. August. Heute abend gegen 6 Uhr ist der Bahnhof Limburg von den Franzosen befehlt worden. Nähere Einzelheiten fehlen noch, da die Telefonverbindungen vorläufig abgeschnitten sind.

Aufstellungen.

Nach einer Meldung aus Somburg v. d. Höhe kam es dort zu schweren Ausschreitungen der Reichslandarbeiter und Erwerbslosen. Am eine Leertungsulage zu erzwingen, verzögerten sie in das Rathaus einzubringen und die dort befindliche Hauptkasse zu stürmen. Polizei trieb die Menge mit der blauen Waffe auseinander. Mehrere Personen wurden verletzt. — Auch in Chemnitz kam es Dienstag zu Aufstellungen. Eine tausendköpfige Menge erlag in einer Nebel-Lage dem Versuch von 175 Zentnern Margarine von Preise von 80000 Mark das Pfund. Die Polizei, die eingreifen wollte, war der Menge gegenüber machtlos.

Deutschland.

— Eine Funktionärverammlung der Berliner Angestellten in der Reichsarbeiternummerium wurde getonnene Gehalts-Maßnahmen angenommen und an die Angestellten die Anweisung gegeben, in allen betroffenen Be-